



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Buchheim, Karl: Belgien als Faustpfand

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Landen in den völkerrechtlichen Beziehungen und nach innen eine stärkere Stütze gewähren, wie dies verständige Finnländer auch selbst einsehen. Aber wenn nicht eine überwiegende Mehrheit dafür ist, kann sich das Land innere Kämpfe um die Verfassungsform nicht leisten. Vor allem kommt es also jetzt auf die Finnländer selbst an, die Freiheit, die ihnen der Weltkrieg als Geschenk in den Schoß geschüttet, zu erwerben, um sie zu besitzen.



## Belgien als Faustpfand

Von Dr. Karl Buchheim



ine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen“, so heißt es in der Weihnachtsbotschaft, die Graf Czernin als Sprecher der vier verbündeten Mächte zu Brest-Litowsk der Welt verkündet hat. Und weiter lesen wir: „Es liegt nicht in den Absichten der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.“ Damit ist offenbar der Standpunkt der Regierungen nicht nur für die Neuordnung der Verhältnisse im Osten ausgesprochen, sondern überhaupt für den Wiederaufbau der politischen Welt, überall wo die alte Ordnung zusammengebrochen ist. Es geht aus dieser Kundgebung von neuem hervor, daß auch die Annexion Belgiens nicht unser Ziel ist. Wir haben also Belgien nicht erobert, um es einfach zu behalten. Gute Gründe dafür gibt es. Man wird die Früchte der Eroberung in anderer Weise nutzbar machen: für die belgischen Völker selber, in erster Linie für die Flamen, für deren Forderungen wir uns einsetzen werden, und dann für uns selber, nämlich als Faustpfand.

In Brest-Litowsk ist die Rückgabe der deutschen Kolonien verlangt worden. Diese sind heute englisch und müssen darum den Engländern wieder abgenommen werden. Daß dies mit Waffengewalt an Ort und Stelle geschehen könnte, ist ziemlich ausgeschlossen. Also muß in Europa über ihr Schicksal entschieden werden, und dabei fällt, da England heute weniger als im vergangenen Sommer und Herbst Aussicht hat, die flandrische Küste zu erobern, der Besitz Belgiens auf unserer Seite gewaltig in die Waagschale. Da hat nun mit vollem Recht in Heft 51 der „Grenzboten“ (1917) Professor Haschagen auf Grund der historischen Erfahrungen davor gewarnt, allzu einseitig auf den Rückwerb unserer Kolonien und überseeischen Positionen auszugehen. Unsere weltpolitische und weltwirtschaftliche Stellung vor dem Kriege war keineswegs schlechthin ideal. Es kann also

auch kein unbedingtes Kriegsziel für uns sein, daß wir genau das wiedererlangen, was wir vor dem Kriege hatten. Wir haben uns heute in Europa so viel bessere Positionen erkämpft, als wir sie vorher besaßen, daß wir uns bei jeder einzelnen, die wir halten könnten, überlegen müssen, ob wir auch wirklich gut daran tun, wenn wir überseeische für sie eintauschen. Nur wenn wir uns über die Gesamtheit unserer Kriegsziele eine klare Vorstellung bilden, gewinnen wir ein Urteil darüber, wie wir die Eroberung Belgiens beim Friedensschluß verwerten dürfen.

Der materiellen Wohlfahrt unseres Volkes ist die höchste Bedeutung beizumessen, aber wir dürfen uns niemals einreden lassen, daß deswegen der Gewinn überseeischer Rohstoff- und Absatzgebiete unser wichtigstes Kriegsziel sei. Der Boden, in dem wir selber wurzeln, ist stets die erste Bedingung unseres Daseins. Darum gibt es kein vornehmeres Kriegsziel als die Sicherung alles Bodens, auf dem in Mitteleuropa unser Volkstum seßhaft ist, für deutsche Arbeit und Kultur. Diese Sicherung der Gesundheit und Einheit deutschen Volkstums in Europa kann nur durch ein festes, dauerndes Bündnis mit Österreich-Ungarn erreicht werden. Deshalb ist unser allerwichtigstes Kriegsziel das mitteleuropäische, der Ausbau unseres Bundes mit dem Habsburger Reiche zu einer politisch-wirtschaftlichen Einheit von mehr als bloß völkerrechtlichem Werte. Dazu ist als notwendige Ergänzung dringend wünschenswert die Anlehnung der selbständigen oder wieder selbständig gewordenen Völker östlich und südöstlich der Grenzen der beiden Zentralmächte an den mitteleuropäischen Bund. Denn die Kultur unseres Erdteils verlangt, daß sie friedlich mit uns gemeinsam arbeiten, statt sich feindlich gegen uns zu wenden. Wir müssen also bestrebt sein, in den bisherigen russischen Westprovinzen, in Serbien und Rumänien solche staatliche Ordnungen aufzubauen, daß diese Länder mit dem Bund der Zentralmächte in fruchtbare Beziehungen treten. Der Krieg ist für uns gewonnen, wenn es gelingt, die politische Interessengemeinschaft der mitteleuropäischen Völker durch reale Bedingungen zu einer Tatsache zu machen, aber auch nur dann. Und nur dann haben wir auch Aussicht, dem Bündnis mit Bulgaren und Türken mehr als episodische Dauer zu erhalten, so daß das ganze weite Gebiet von Mitteleuropa bis nach Vorderasien ein Feld bleibt, wo deutsche Kulturarbeit niemals ausgeschlossen werden kann, daß also die Gefahr gebannt bleibt, die uns die Entente diesmal androhte. Unsere Heere haben die Einheit Mitteleuropas vorläufig verwirklicht; sie wissen es nach allen Seiten zu schützen. Nun müssen die Völker selber beisammen bleiben wollen, und die Diplomaten müssen Formen finden, in denen die Staaten ohne schwere Reibungen nebeneinander zu leben vermögen. Mitteleuropa zu bauen, ist nicht die Sache irgendeines bloß militärischen Erfolges, und sei er auch noch so groß, sondern ein politisches Kunstwerk, das eben geschaffen werden muß. So war auch die Schöpfung des Deutschen Reiches ein politisches Kunstwerk. Nicht Moltkes erfolgreiche Strategie an und für sich macht die große politische Leistung der Jahre 1866 und 1870 aus, sondern Bismarcks politisches Kunstschaffen. Ebenso können auch jetzt niemals die Siege Hindenburgs an und für sich die deutschen Kriegsziele verwirklichen, sondern ein großer Staatsmann muß in Völkern und Staaten dem Willen zur neuen Einheit politische Gestalt zu geben wissen.

Unser wichtigstes Kriegsziel ist also die dauernde politische Verbindung Deutschlands und Österreich-Ungarns, und das können wir erreichen, ohne über-

haupt mit irgendwelchen feindlichen Staaten darüber zu verhandeln. Wir müssen es nur selber wollen. Seine Erreichung bedeutet unseren Zusammenschluß mit den Millionen Volksgenossen in Osterreich und Ungarn, und in naturgemäß etwas größerem Abstände mit den anderen Nationen der Donaumonarchie, soweit sie der gemeinsamen Sache nur irgend guten Willen und politischen Verstand entgegenbringen. Daß es an beiden noch öfters fehlt, wissen wir, aber es ist noch nicht aller Tage Abend. Volkswirtschaftlich erringen wir dadurch eine Erweiterung des inneren Marktes und einen gesicherten Weg für den Austausch mit den zukunftsreichen Ländern des Balkans und Vorderasiens. Außerdem vermögen uns die gegenwärtigen Verhandlungen in Brest-Litowsk, wenn sie mit Geschick zum Erfolg geführt werden, den Anschluß der befreiten russischen Westvölker an Mitteleuropa in Aussicht zu stellen, und Rußland selber nebst den angeschlossenen unendlichen und vielfach entwicklungsfähigen Gebieten Nord- und Mittelasiens für unsere Wirtschaft wieder zugänglich zu machen. Diese beiden Dinge: eine günstige, dauernde Ordnung der politischen Beziehungen des heutigen Vierbundes und ein billiger Friede mit Rußland, der beiderseits wenigstens für einige Menschenalter ehrlich und einigermaßen zufrieden gehalten werden kann, sichern uns den wirtschaftlichen Zugang zu einem so großen Teile der Erdoberfläche, daß unsere Volkswirtschaft, als Ganzes angesehen, überseeische Verluste an die Angelsachsen verschmerzen kann und es verstehen wird, wenn auch nach schwierigen Übergangszeiten, Ersatz für verlorene Absatz- und Rohstoffgebiete in Europa selber und in Asien zu finden. Unsere Fertigungsindustrie wird zwar schwer leiden, wenn sie einen guten Teil des englischen und amerikanischen Absatzes verliert, unsere Textilfabrikation nicht minder, wenn sie den Bezug der Baumwolle und Wolle aus den Vereinigten Staaten und den britischen Kolonien einbüßt, aber auf die Dauer ist unsere Gesamtwirtschaft doch besser daran, wenn wir uns vor schwierigen Übergangszeiten nicht fürchten und uns Absatz- und Rohstoffgebiete schaffen, die unabhängig von den Angelsachsen sind, damit es diesen nicht eines Tages einfällt, noch besser gerüstet wie diesmal, uns aufs neue vom Weltmarkt auszuschließen. Der jetzige gewaltsame Abschluß und der in Aussicht stehende Sonderfriede mit Rußland müssen dazu ausgenutzt werden, die Befreiung Europas vom angelsächsischen Rohstoffmonopol anzubahnen, auch wenn manche wirtschaftliche Not dabei zu überwinden ist. Schlimmer als die Kriegsnot kann sie ja nicht werden.

Wir können unsere wichtigsten Kriegsziele durchsetzen, ohne auf den vorläufig noch nicht vorhandenen Friedenswillen der angelsächsischen Mächte und Frankreichs angewiesen zu sein. Nur um uns ein tropisches Rohstoffgebiet von genügendem Umfange zu sichern, das wir zu Lande nicht erreichen können, brauchen wir einen günstigen Frieden mit England und Amerika. Hier beginnt also erst eigentlich die weltpolitische Bedeutung Belgiens für uns. Unsere Kolonien haben wir an England verloren, aber Belgien ist wichtig genug für den Inselstaat, daß er bereit sein wird, unseren Rückzug von der flandrischen Küste, den er mit der Waffe nicht erzwingen kann, durch koloniale Zugeständnisse zu erkaufen. Damit werden wir vor die Frage gestellt, wie weit wir uns auf derartigen Austausch einlassen wollen. Mit Recht warnt, wie erwähnt, Haskagen vor der Bereitwilligkeit, bis zu jedem Zugeständnis zu gehen. Andererseits werden wir mit dem bloßen Verzicht auf die blanke Annexion Belgiens wahrscheinlich wenig er-

reichen. Denn die Engländer wissen recht gut, daß wir an eine Annexion aus innerpolitischen und innerbelgischen Gründen ohnehin kaum denken können. Sie werden den Verzicht auf unsere flandrische Flottenbasis verlangen. Das wäre in der Tat ein so großes Zugeständnis, daß wir dafür auf jeden Fall die Einräumung eines großen afrikanischen Kolonialreiches fordern können. Nach Vorschlägen, die in den „Grenzboten“ gemacht worden sind (1917, Nr. 42; vgl. dazu meinen Aufsatz in Nr. 46), kann Belgien für uns ein erträglicher Nachbar werden, wenn es auf einer Grundlage neutralisiert wird, die jede Machtenfaltung uns gegenüber ausschließt. Ein Belgien, das in der Lage bliebe, als militärisch-politischer Machtfaktor gegen uns aufzutreten, wäre eine so große Gefahr für uns, daß kein kolonialer Erwerb derartige Zugeständnisse rechtfertigen könnte. Nur ein Belgien, das auf Meer und Kolonien verzichtet, das dem deutschen Handel offen steht und dem Flamentum seine Selbständigkeit verbürgt, können wir militärisch räumen. Wir können warten, bis England unter diesen Bedingungen bereit ist, uns ein neues Kolonialreich zu überlassen. Es ist nicht nötig, daß dieses genau dem alten entspricht. Wünschenswert ist vielmehr, daß es fester in sich geschlossen und besser verteidigungsfähig ist, als das alte. Wir brauchen nicht Hans-in-allen-Gassen zu sein. Wo die Engländer und Amerikaner, die Franzosen oder die Japaner ihre natürlichen Expansionsgebiete haben, da brauchen wir uns nicht gerade dazwischenzusetzen. Mit Recht fordert Paul Leutwein in seiner Broschüre „Mitteleuropa—Mittelafrika“ (Dresden und Leipzig, „Globus“ 1917) die Beschränkung unseres Kolonialreiches im wesentlichen auf den schwarzen Erdteil, wo Ostafrika und Kamerun durch bisher belgisches oder portugiesisches Gebiet verbunden und abgerundet den Grundstock bilden können. Hier können wir erzeugen, was Mesopotamien und Anatolien, auch wenn sie einst völlig erschlossen sein werden, nicht liefern können. Wenn man so die türkischen Zukunftsaussichten mit mittelafrikanischen verbindet, dürfte auch Dr. Karstedt, der in Nr. 50 der „Grenzboten“ (1917) in einem interessanten Aufsatz jene skeptisch beurteilt, dem „kontinentalen“ Programm deutscher Weltpolitik, das dem „kolonialen“ gar nicht schroff zu widersprechen braucht, etwas vertrauensvoller gegenüberzutreten. Für mich ist es allerdings zweifellos, daß die wichtigsten Kriegsziele in Europa liegen und daß die Schaffung einer möglichst in sich geschlossenen und unangreifbaren „kontinentalen“ Basis wichtiger ist, als der Erwerb überseeischer Rohstoffgebiete, deren Bedeutung an sich keineswegs verkleinert werden soll. Die deutsche wirtschaftliche Expansion darf nicht auf den atlantischen Seeweg angewiesen bleiben, den England und Amerika sperren können. Und Deutschland darf nicht in aller Welt wirtschaftliche Positionen suchen, die es in unnötige Reibungen mit anderen Weltmächten oder ungeeigneten Eingeborenen bringen, weil wir mit der politischen und wirtschaftlichen Ordnung Mitteleuropas und dem Austausch mit dem Orient und Rußland genug zu tun haben werden. Eine große Tropenkolonie brauchen wir. Aber sonst dürfen wir unsere Kräfte nicht an Aufgaben verschwenden, die dem eigentlichen Bereich unserer Kulturarbeit zu fern liegen. Karstedt hat mit Recht Bedenken gegen einen etwa erneuten Versuch, eine deutsche Herrschaft über Marokko anzutreten (a. a. O. S. 287). Vor dem Kriege hatten wir zu wenig Raum für unsere natürliche Expansion. Wir waren in Europa eingengt. Darum suchten wir in aller Welt durch friedlichen Wettbewerb wirtschaftlich voranzu-

kommen und fielen natürlich den Völkern auf die Nerven, die die politische Herrschaft an Ort und Stelle hatten oder erstrebten. Ein gewiß berufener Zeuge, wie Karl Peters, schildert in seinen „Lebenserinnerungen“ (Hamburg 1918, S. 71 f.) unsere verkehrte Art der wirtschaftlichen Ausbreitung vor dem Kriege folgendermaßen: „Die deutschen Proletarier strömten von Jahr zu Jahr ins Ausland und fielen teilweise gleich der ausländischen Armenpflege zur Last. Zum Teil machten sie der fremden Arbeit das, was sie unlauteren Wettbewerb nannte. Der deutsche Arbeiter unterbot sie und drängte sie aus Brot und Stelle. Oder der deutsche Handlungsbesessene erschien und machte ebenfalls, was die westlichen Völker unlauteren Wettbewerb nannten. Er arbeitete oft ganz für umsonst, lauschte den Fremden ihre Geschäftsgeheimnisse ab und setzte dann neben ihnen ein Konkurrenzhaus auf. Darüber klagte man in Nordamerika, in Großbritannien und in Frankreich. Sicherlich auch in anderen Ländern. Es kann keine Frage sein, daß der deutsche Mitbewerber teilweise auch fleißiger und geschulter war als der einheimische und daß dies den Haß vermehrte. In England erhob sich schon von Anfang dieses Jahrhunderts an diesem zudringlichen Wettbewerb gegenüber der Ruf: ‚the british office for the british clerk‘ (das britische Bureau für den britischen Kommiss), und damit begann recht eigentlich die heutige Deutschenhege auf der Erde.

Ganz ähnlich war es mit dem deutschen Warenvertrieb. Auch hier war sehr oft kein ehrlicher, sondern ein unlauterer Wettbewerb durch billiges Unterbieten der Preise und, wie sie klagten, durch verschmizte Kunstgriffe. Also, nicht weil wir uns eigene Kolonien anlegten und ausbauten, entstand ein allgemeiner Haß auf der Erde, sondern weil wir dies nicht taten und fremde Ansiedlungen für unsere kleinlichen Zwecke ausbeuten wollten. Nicht weil ich und meine Freunde uns nach ‚unserem Plätzchen an der Sonne‘ umsahen, sondern weil Leute wie Eugen Richter und Ludwig Bamberger predigten: ‚seid doch nicht so dumm, euch selbst um Arbeitsfelder für eure Art zu bemühen, wo ihr euch bei andern einnisten könnt‘, sind wir schließlich allen Völkern und Rassen ekelhaft geworden, so daß wir uns heute gegen die ganze Welt um Sein oder Nichtsein zu schlagen haben. Das stete Erntenwollen, wo man nicht gesät hat, ist am Ende zu verteuftelt verschmizt, als daß es noch klug genannt werden könnte. Jedenfalls macht es weder den einzelnen, noch ganze Völker beliebt in der Fremde.“

Wir wollen uns also in Zukunft eigene Arbeitsfelder suchen, wollen selber säen, wo wir ernten möchten und Rohstoffe und Absatz, wenn auch unter zeitweiligen Entbehrungen auf eigenem oder befreundetem Gebiete suchen. Unser künftiger Welthandel wird, wenn die Angelsachsen oder auch die Ostasiaten mehr unter sich sein wollen, von selber neue Wege suchen, und unsere nationale Wirtschaft wird gesünder dabei werden. Wir können haltbare wirtschaftliche und koloniale Positionen nicht in aller Welt erwarten, sondern müssen unsere Kräfte auf das konzentrieren, was wir auch wirklich behaupten können, wenn wieder Weltstürme hereinbrechen. Die Bewirtschaftung der Welt wird sich nicht nach der Manchesterlehre in Harmonie der Völker, die eines Tages vielleicht vom Himmel fallen könnte, vollenden, sondern die weltpolitisch führenden Nationen sichern sich feste Anteile, um darauf ihr und ihrer Verbündeten Dasein zu gründen. Unsere Zukunft als Weltvolk wächst oder mindert sich mit dem Grade der Durchführung

des Programms Mitteleuropa, der wirtschaftlichen Expansion hauptsächlich nach Osten und Südosten und dem Erwerb einer großen Kolonialherrschaft in Afrika.

Bis zu welchem Grade für die Durchsetzung dieser Kriegsziele Belgien als Faustpfand verwertet werden darf, suchte dieser Aufsatz anzudeuten. Belgien ist für uns nicht Selbstzweck, wir wollen es nicht behalten. Aber es darf auch nicht bloß Mittel zu dem Zwecke sein, auf kolonialem Gebiete Ziele durchzusetzen. Es gibt eine Grenze der Zugeständnisse, die wir für die Wiederherstellung der belgischen Unabhängigkeit machen dürfen. In früheren Aufsätzen habe ich die belgische Frage für sich behandelt, diesmal galt es, ihre ungefähre Stellung in der Gesamtheit unserer Kriegszielfragen darzulegen. Es geht um die politische und wirtschaftliche Sicherung unseres Vaterlandes und die Erhaltung der Staatenordnung, die der Krieg in Europa geschaffen hat und die der Friede bestätigen wird. Dazu ist Belgien in unsere Hand gegeben, daß wir den Besitz für die Durchführung unserer Gesamtkriegsziele zu benutzen wissen, aber doch auch nicht übersehen, daß viele von diesen Zielen ohne Berücksichtigung Belgiens erreichbar sind, und daß wir für das übrige auf keinen Fall jedes beliebige Zugeständnis an die Unabhängigkeit Belgiens machen dürfen. Der Ausgang des Krieges wird endgültig entscheiden, ob wir es überhaupt nötig haben, bis an diese Grenze zu gehen!



## Die neue Wendung der polnischen Frage

September bis Dezember 1917

Von Professor Raimund Friedrich Kaindl

(Schluß)



Am Anfangs November vorigen Jahres verbreitete sich die Nachricht, daß tatsächlich die Absicht bestehen soll: Polen mit Galizien unter dem Kaiser von Österreich als polnischen König zu vereinigen und dafür Preußen mit Kurland und Litauen zu verbinden. Die Nachricht wurde zwar sofort dementiert: die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen, und was die Blätter über die angebliche Lösung gebracht haben, beruhe auf Vermutungen. Diese Erklärung machte um so geringeren Eindruck, als Graf Czernin dem ruthenischen Klub am 1. November nur versichert hatte, die polnische und ruthenische Frage werde vor dem Friedensschluß nicht entschieden („Ukrainische Korrespondenz“ Nr. 42/43 S. 5) und auch Ministerpräsident von Seidler im österreichischen Abgeordnetenhaus am 9. November wieder nur ausführte, man könne noch nicht davon sprechen, daß die polnische Frage gelöst sei; es hätten nur